



Februar 2006

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Untersuchungsanlage

DeutschlandTREND Februar 2006

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.001 Befragte Sonntagsfrage: 1.536 Befragte	
Erhebungszeitraum:	30. bis 31. Januar 2006 Sonntagsfrage: 30. Januar bis 01. Februar 2006	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Analyse

ARD-DeutschlandTREND Februar 2006

Zum Jahreswechsel verstärkten sich die Anzeichen für einen wirtschaftlichen Stimmungswechsel in der Bevölkerung. Dieses Stimmungsbild besteht auch im Februar fort. Mit 41 Prozent übersteigt der Anteil der optimistischen Erwartungen in der Bevölkerung den der pessimistischen Stimmen weiterhin deutlich, nur jeder Vierte (24 Prozent) rechnet mit einer verschlechterten Situation, jeder Dritte (33 Prozent) mit keinen großen Veränderungen.

Gut zwei Monate nach dem Regierungsstart glauben 45 Prozent der Bundesbürger, dass die Unionsminister unter Kanzlerin Angela Merkel in der Koalition erfolgreicher arbeiten als die SPD-Ressortchefs und Vizekanzler Franz Müntefering. Nur jeder Fünfte (20 Prozent) sieht im direkten Vergleich die SPD-Minister im Kabinett erfolgreicher agieren, etwa ebenso viele (18 Prozent) machen momentan keinen Unterschied zwischen den beiden Regierungsmannschaften von Union und SPD aus.

So unterschiedlich die Arbeit der beiden Koalitionäre momentan bewertet wird, bei den inhaltlichen Positionen von Union und SPD sehen die Bundesbürger in einzelnen Feldern durchaus Übereinstimmung und Schnittmengen. So machen bei der inneren Sicherheit und der Außenpolitik sechs von zehn (57 Prozent) eher ähnliche Vorstellungen in beiden Parteien aus. Demgegenüber sind die Bundesbürger mehrheitlich überzeugt von inhaltlichen Differenzen in Fragen der sozialen Gerechtigkeit (60:34 Prozent) und der Ausländerpolitik (67:26 Prozent), vor allem aber in der Atom- und Energiepolitik (74:17 Prozent).

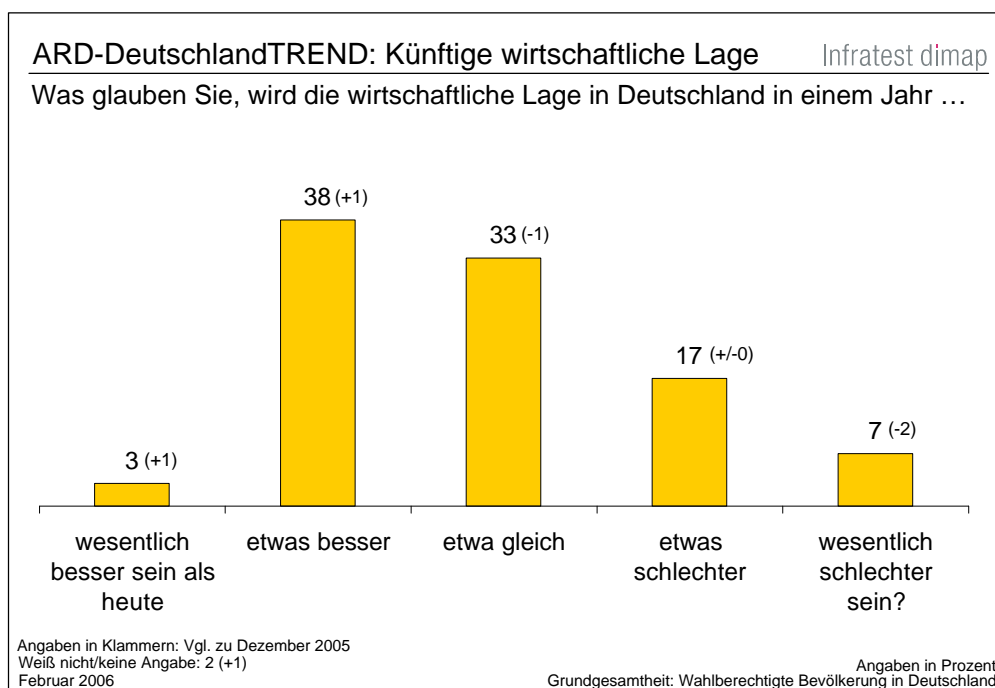
Mit der verbesserten Gesamtstimmung im Land hat sich auch das Ansehen der Politiker grundlegend verbessert, fast alle Politiker gewinnen an Ansehen hinzu. Den weitaus größten Sympathiesprung verzeichnet Angela Merkel, die im Februar so deutlich zulegt (+13) wie kein anderer Politiker und nunmehr von 80 Prozent der Deutschen positiv bewertet wird.

Bei einem Urnengang zum jetzigen Zeitpunkt käme die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 40 Prozent, die SPD auf 32 Prozent. Gegenüber der Vorwoche bleibt die Union unverändert, die SPD verliert 1 Punkt. Einbußen im gleichen Umfang müssen auch die Grünen hinnehmen (-1), sie kämen nunmehr auf 7 Prozent. Während die FDP 1 Punkt zulegt und mit 8 Prozent rechnen könnte, bleibt die Linkspartei stabil bei einem Stimmenniveau von 9 Prozent. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 4 Prozent, 1 Punkt mehr als eine Woche zuvor. Auch in dieser Konstellation bliebe es dabei, dass von Drei-Parteien-Konstellationen abgesehen lediglich eine große Koalition über eine Mehrheit verfügen würde.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom Februar, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von acht Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 30. bis 31. Januar 1.001, für die Sonntagsfrage vom 30. Januar bis 01. Februar 1.536 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

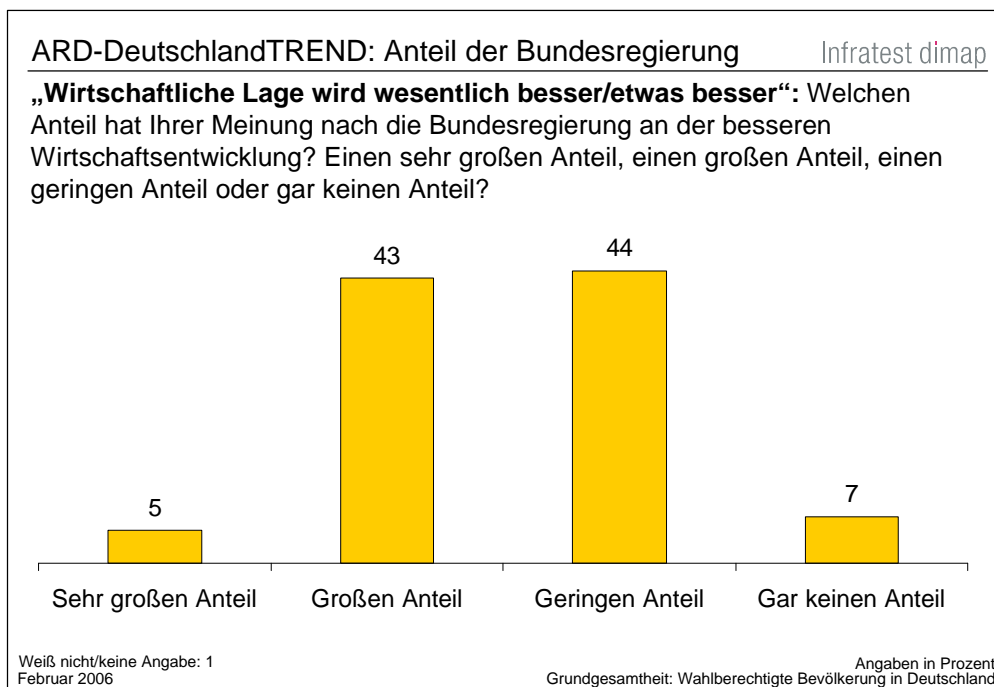
Wirtschaftliche Erwartungen: Mehr positive als skeptische Stimmen

Zum Jahreswechsel verstärkten sich die Anzeichen für einen wirtschaftlichen Stimmungswechsel in der Bevölkerung. Anders als in fast der gesamten vorhergehenden Legislaturperiode rechneten im November und Dezember erstmals wieder mehr Bundesbürger mit einer verbesserten wirtschaftlichen Situation als mit einer Eintrübung. Dieses Stimmungsbild besteht auch im Februar fort. Mit 41 Prozent übersteigt der Anteil der optimistischen Erwartungen in der Bevölkerung den der pessimistischen Stimmen weiterhin deutlich, nur jeder Vierte (24 Prozent) rechnet mit einer verschlechterten Situation, jeder Dritte (33 Prozent) mit keinen großen Veränderungen.



Im Vergleich zum Dezember ist das Lager der Optimisten noch einmal etwas gewachsen (+2 Punkte). Gleichzeitig sind die pessimistischen Erwartungen etwas zurückgegangen (-2 Punkte). Die Zahl derer, die mit einer insgesamt stabilen Situation rechnen, bleibt weitgehend unverändert (-1).

Von denjenigen, die von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der nächsten zwölf Monate ausgehen, vertritt immerhin die Hälfte (48 Prozent) die Ansicht, die Bundesregierung habe hieran einen großen (43 Prozent) oder gar einen sehr großen Anteil (5 Prozent). Weitere 44 Prozent unterstellen, dass der erwartete Aufschwung zumindest in geringem Umfang auch Ergebnis der Politik der großen Koalition die Bundesregierung ist. Nur 7 Prozent der optimistisch eingestellten Bundesbürger rechnen der Politik gar keinen Einfluss zu.



Kompetenzen: Union baut wirtschafts- und außenpolitisches Kompetenzprofil zu Lasten der SPD aus

Die ersten beiden Monate der großen Koalition hat die sachpolitische Bewertung verändert. Die Union ist wie schon unmittelbar vor der Bundestagswahl die Partei, der mit Abstand die meisten Bundesbürger zutrauen, den Wirtschaftsstandort (58 Prozent; +7) voranzubringen und Arbeitsplätze zu schaffen (47 Prozent; +2). Auf beiden Feldern hat die Union nach der Bundestagswahl nochmals an Vertrauen hinzugewonnen. Nach der Entscheidung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer hat sie demgegenüber in steuerpolitischen Fragen einen Vertrauensverlust (-4) hinzunehmen, der ihre Kompetenzführerschaft in diesem Feld jedoch nicht gefährdet. Während die Union in der Rentenpolitik (31 Prozent; -1) etwa so bewertet wird wie vor der Wahl, muss sie in Gerechtigkeitsfragen deutlich Federn lassen (19 Prozent; -6). Auf dem Feld der Außenpolitik kann sie dagegen erheblich an Ansehen hinzugewinnen (+19) und genießt hier mittlerweile ein größeres Vertrauen als die SPD. Die Auslandsreisen der Bundeskanzlerin haben sich in der Wahrnehmung der deutschen Außenpolitik offenbar stärker eingepreßt als das Krisenmanagement, mit dem der SPD-Außenminister vorrangig beschäftigt war.

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen I		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.						
Kompetenteste Partei fett gedruckt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke.PDS	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Den Wirtschaftsstandort Deutschland voranbringen	58 (+7)	16 (-13)	5 (+1)	1 (+/-0)	1 (-1)	18 (+5)
Deutschlands Interessen im Ausland vertreten *	50 (+19)	30 (-8)	2 (+/-0)	1 (+1)	5 (-8)	11 (-4)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	47 (+2)	18 (-7)	4 (+1)	2 (+/-0)	0 (-2)	28 (+6)
Eine gute Steuerpolitik betreiben	35 (-4)	28 (-5)	10 (+4)	2 (-1)	1 (-1)	23 (+7)

Angaben in Klammern: Vgl. zu September 2005, * Vgl. zu März 2005
 Februar 2006

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Den Sozialdemokraten ist es in der Rolle des kleineren Koalitionspartners gelungen, in Gerechtigkeitsfragen Vertrauen hinzugewinnen. In diesem für sie entscheidenden politischen Feld bauen sie ihre traditionell bestehende Vormachtstellung aus (52 Prozent; +7). In allen anderen abgefragten Bereichen verliert die SPD dagegen im Kompetenzurteil der Bundesbürger an Boden. Dies gilt nach dem Verlust des Kanzleramtes auch für die summarische Bewertung, welche Partei die Zukunftsprobleme des Landes am besten lösen kann. Auch hier führt die Union die Parteienliste mit gewachsenem Vorsprung (40 Prozent) an.

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen II		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgaben zu lösen.						
Kompetenteste Partei fett gedruckt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke.PDS	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Altersversorgung langfristig sichern	31 (-1)	29 (-5)	3 (+/-0)	2 (-1)	1 (+/-0)	33 (+7)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	19 (-6)	52 (+7)	2 (-2)	8 (+/-0)	5 (+1)	13 (+/-0)
Die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	40 (+5)	19 (-12)	2 (+/-0)	2 (+/-0)	3 (-2)	32 (+8)

Angaben in Klammern: Vgl. zu September 2005
Februar 2006

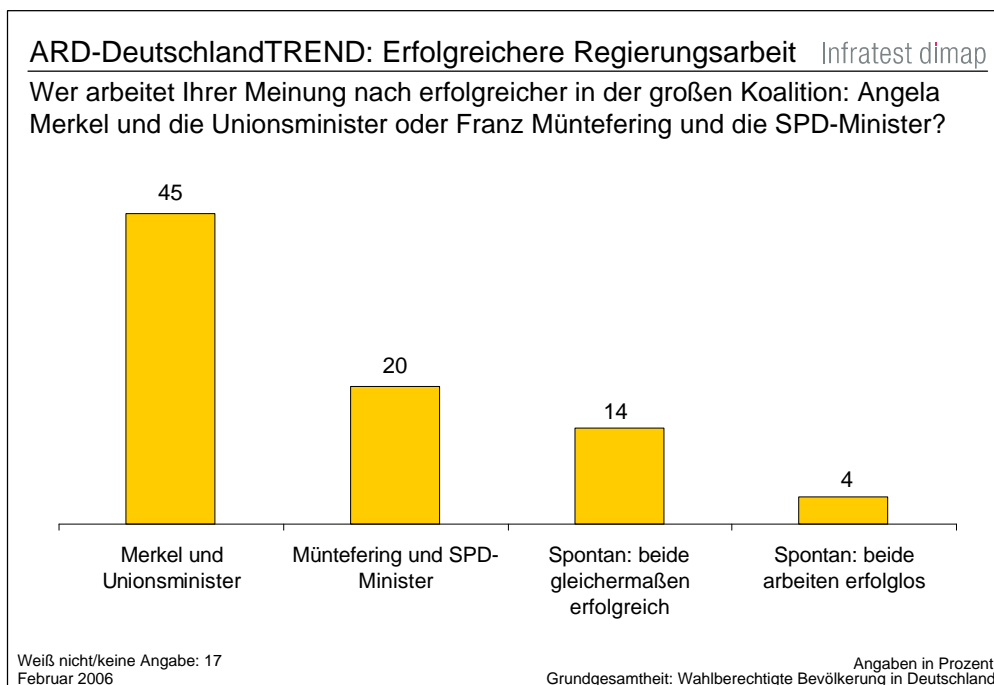
Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

In der Kompetenzbewertung der Oppositionsparteien zeigen sich nach dem Start der großen Koalition ebenfalls Veränderungen. Die Liberalen profitieren von der Mehrwertsteuerrückfrage und gewinnen in Steuerfragen deutlich an Zuspruch (10 Prozent; +4). Den Grünen wird außerhalb des Umwelt- und Verbraucherschutzes weiterhin in der Außenpolitik (5 Prozent) besonderes Sachvertrauen entgegengebracht, das nach dem Wechsel in die Opposition allerdings wesentlich geringer ausfällt (-8 Punkte) als zu Zeiten des von Joschka Fischer geführten Außenministeriums. Für die Linke.PDS ergeben sich im Vergleich hierzu die wenigsten Veränderungen. Sie ist unverändert auf dem Feld wohlfahrtsstaatlicher Erwartungen (8 Prozent) am ehesten profiliert, rangiert aber deutlich hinter der SPD.

Parteien jenseits der im Bundestag vertretenen Parteien verzeichnen bislang keinen Sympathiezuwachs in der sachpolitischen Bewertung der Bevölkerung. Allerdings ist die Zahl der Bundesbürger, die bei der Lösung der anstehenden Aufgaben auf keine Partei setzen, nach der Bundestagswahl deutlich angestiegen. Dies gilt insbesondere für die Sicherung der Altersvorsorge (33 Prozent; +7), die Arbeitsmarkt- (28 Prozent; +6) und Steuerpolitik (23 Prozent; +7) sowie generell für die Lösung der Zukunftsprobleme im Land (32 Prozent; +8).

Bewertung der Koalitionsarbeit: Unionsminister arbeiten aus Sicht der Bundesbürger erfolgreicher

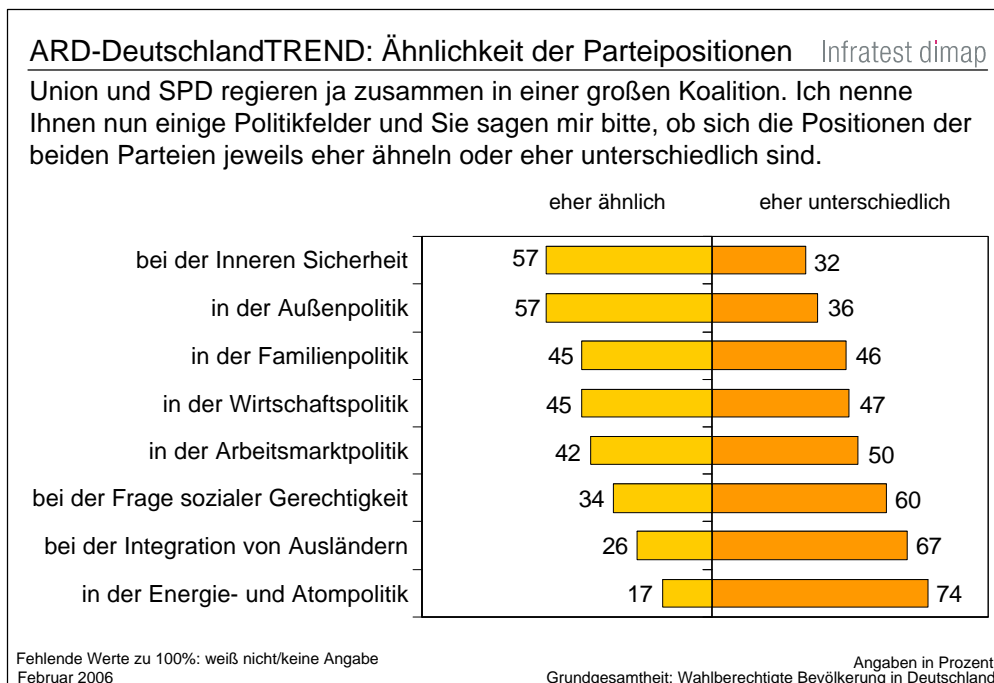
Die Kompetenzgewinne, die die Union in wirtschaftsnahen Feldern und auf dem Gebiet der Außenpolitik zu Lasten der SPD erzielt, spiegeln sich in der allgemeinen Bewertung der Regierungsarbeit. Gut zwei Monate nach dem Regierungsstart glauben 45 Prozent der Bundesbürger, dass die Unionsminister unter Kanzlerin Angela Merkel in der Koalition erfolgreicher arbeiten als die SPD-Ressortchefs und Vizekanzler Franz Müntefering. Nur jeder Fünfte (20 Prozent) sieht im direkten Vergleich die SPD-Minister im Kabinett erfolgreicher agieren, etwa ebenso viele (18 Prozent) machen momentan keinen Unterschied zwischen den beiden Regierungsmannschaften von Union und SPD aus.



In den jeweiligen Anhängerschaften der beiden Koalitionsparteien fällt das Urteil zur Regierungsarbeit der eigenen Partei sehr unterschiedlich aus. Während die Unions-Anhänger mit 68 Prozent mehrheitlich von der erfolgreicheren Arbeit ihrer Partei im Kabinett überzeugt sind, sind es unter den SPD-Anhängern nur vier von zehn (38 Prozent).

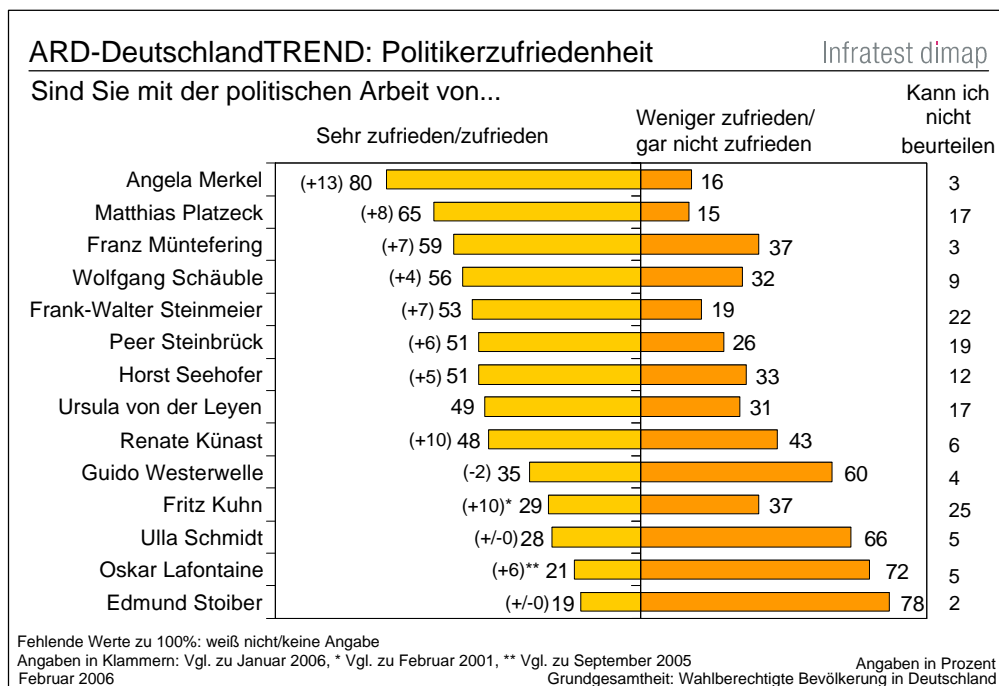
Positionen der Koalitionsparteien: Teils Übereinstimmung, teils Dissens

So unterschiedlich die Arbeit der beiden Koalitionäre momentan bewertet wird, bei den inhaltlichen Positionen von Union und SPD sehen die Bundesbürger in einzelnen Feldern durchaus Übereinstimmung und Schnittmengen. So machen bei der inneren Sicherheit und der Außenpolitik sechs von zehn (57 Prozent) eher ähnliche Vorstellungen in beiden Parteien aus. Bereits anders sieht die Bewertung allerdings in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie in der Familienpolitik aus. Hier gehen jeweils ebenso viele Bundesbürger von Ähnlichkeiten wie Unterschieden aus. Mehrheitlich überzeugt sind die Bundesbürger von inhaltlichen Differenzen in Fragen der sozialen Gerechtigkeit (60:34 Prozent) und der Ausländerpolitik (67:26 Prozent), vor allem aber in der Atom- und Energiepolitik (74:17 Prozent).



Politikerzufriedenheit: Merkel führt Liste mit gewachsenem Vorsprung an

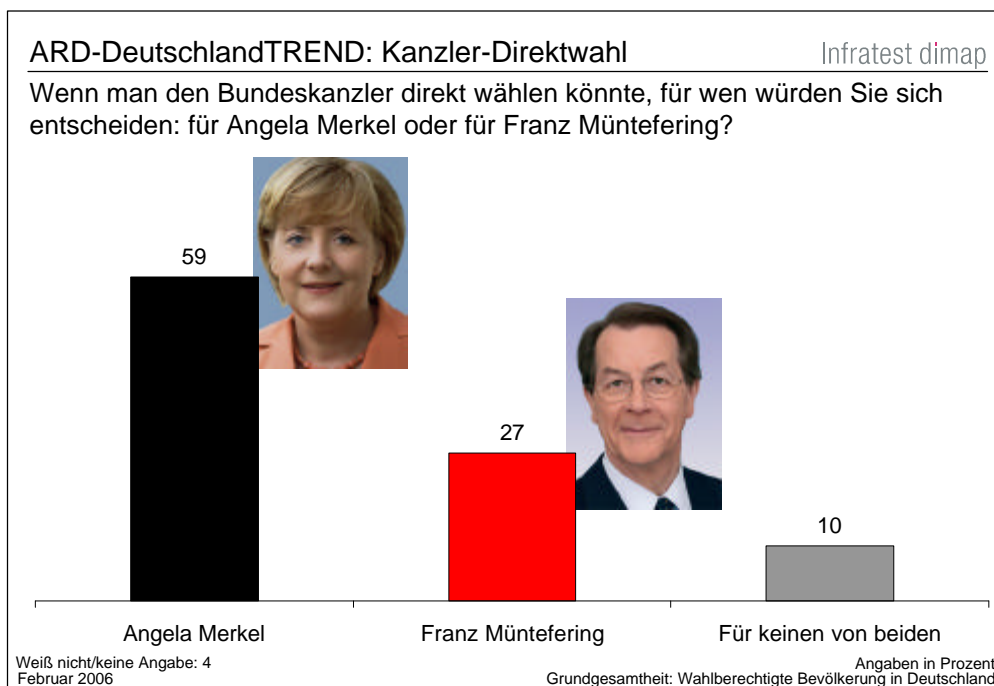
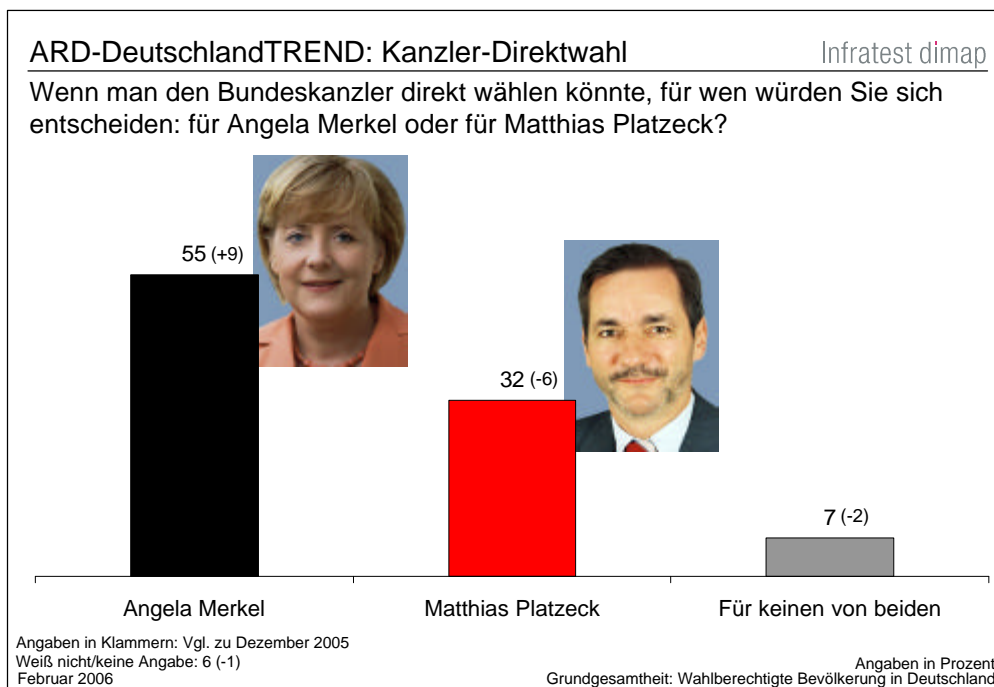
Mit der verbesserten Gesamtstimmung im Land hat sich auch das Ansehen der Politiker grundlegend verbessert. Den weitaus größten Sympathiesprung verzeichnet Angela Merkel, die im Februar so deutlich zulegt (+13) wie kein anderer Politiker und nunmehr von 80 Prozent der Deutschen positiv bewertet wird – der beste Wert, der bislang für sie gemessen wurde. Die Bundeskanzlerin führt mit gewachsenem Vorsprung die Politikerliste an, gefolgt vom SPD-Bundesvorsitzenden Matthias Platzeck, zu dessen Arbeit sich zwei Drittel (65 Prozent; +8) zufrieden äußern sowie Vizekanzler Franz Müntefering (59 Prozent; +7), den sechs von zehn positiv beurteilen. Mehr als die Hälfte der Bundesbürger überzeugt weiterhin Innenminister Wolfgang Schäuble (56 Prozent; +4), nach nochmaligem Sympathiegewinn auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (53 Prozent; +7).



Den Zuspruch etwa jedes zweiten Bundesbürgers erhalten Finanzminister Peer Steinbrück (51 Prozent; +6), Verbraucherschutzminister Horst Seehofer (51 Prozent; +5) und Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (49 Prozent), ferner die Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast (48 Prozent; +10). Die frühere Verbraucherschutzministerin verbessert sich deutlich gegenüber dem Vormonat und ist derzeit die Oppositionspolitikerin mit den besten persönlichen Werten. Künast folgen mit deutlichem Abstand der FDP-Fraktionsvorsitzende Guido Westerwelle (35 Prozent; -2) sowie ihr Fraktionskollege Fritz Kuhn (29 Prozent), der allerdings jedem vierten Bundesbürger (25 Prozent) kein Begriff ist. Ähnlich wie Kuhn wird die weitaus bekanntere Gesundheitsministerin Ulla Schmidt bewertet, die unverändert das Kabinettsmitglied mit den schlechtesten Noten ist (28 Prozent). Schlusslichter in der Politikerbewertung sind im Februar der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Oskar Lafontaine (21 Prozent; +6), sowie der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (19 Prozent).

Kanzlerpräferenz: Merkel baut Vorsprung aus

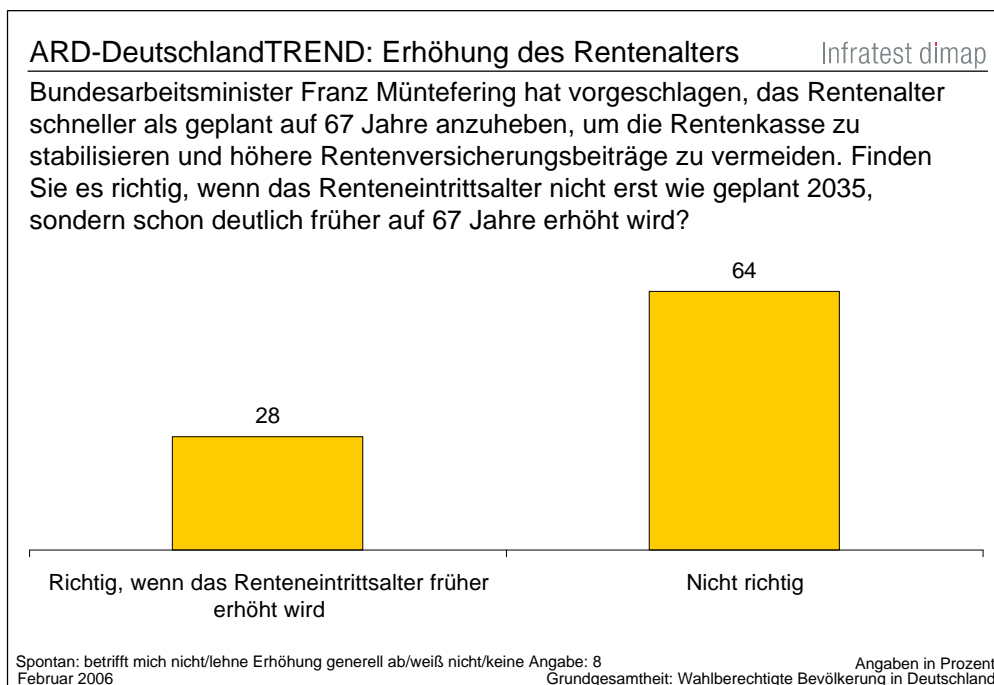
Die starken Sympathiegewinne der Bundeskanzlerin schlagen auch in der Kanzlerpräferenz zu Buche. Wären die Bundesbürger aufgefordert, zwischen den beiden derzeit populärsten Bundespolitikern, Angela Merkel und Matthias Platzeck, den Kanzler auszuwählen, würden sich im Februar 55 Prozent für die Amtsinhaberin und 32 Prozent für den neuen SPD-Bundesvorsitzenden aussprechen.



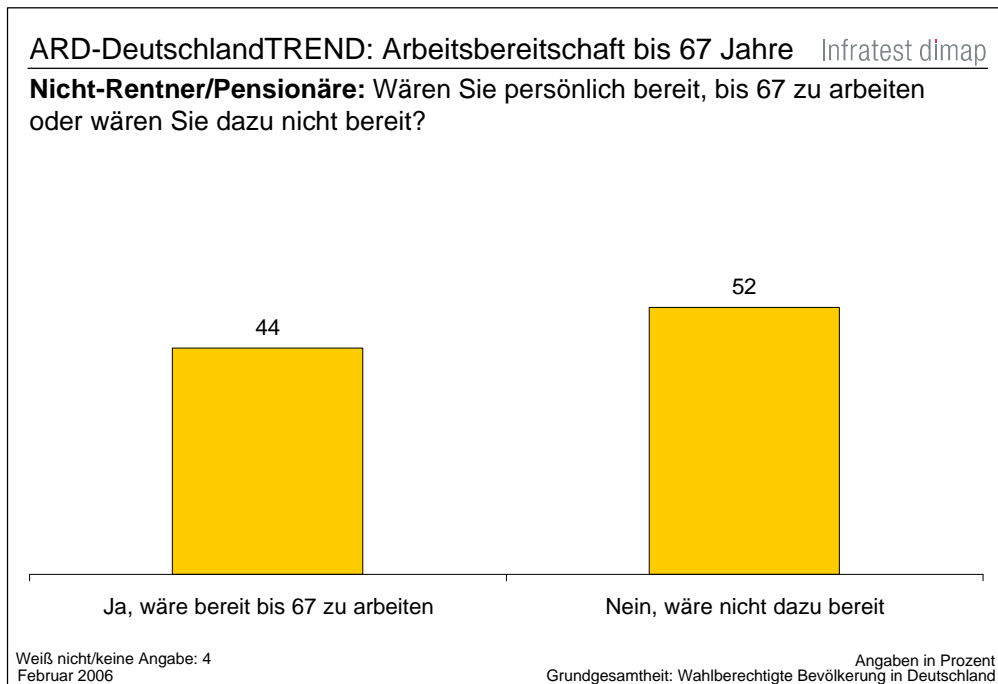
Damit ziehen deutlich mehr Bundesbürger die CDU-Politikerin im Amt des Bundeskanzlers vor als unmittelbar nach ihrem Regierungsstart, vor zwei Monaten hatten 46 Prozent für die frisch gekürte Kanzlerin und 38 Prozent für den Ministerpräsidenten aus Brandenburg plädiert. Auch in einer Konstellation Kanzlerin gegen Vizekanzler fällt das Urteil der Bundesbürger gegenwärtig deutlich zugunsten der Amtsinhaberin aus. Hätten sie die Möglichkeit zwischen Angela Merkel und Franz Müntefering zu wählen, würden 59 Prozent für die Ostdeutsche und 27 Prozent für den Sauerländer stimmen.

Vorzeitige Einführung der Rente mit 67: überwiegende Ablehnung

Im Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass das Renteneintrittsalter zum Jahr 2035 auf 67 Jahre angehoben wird. Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering hatte eine Diskussion darüber angestoßen, diesen Termin vorzuziehen und die Regelung schneller in Kraft zu setzen. Ein Vorschlag, dem das Kabinett am Mittwoch letztlich folgte. Bereits vor dieser Entscheidung stießen die Pläne zur vorzeitigen Anhebung des Rentenalters mit 64 Prozent bei den Bundesbürgern überwiegend auf Ablehnung, lediglich 28 Prozent unterstützen zu Wochenbeginn die Absicht des SPD-Vizekanzlers. Die Front der Gegner einer vorzeitigen Anhebung des Rentenalters ist dabei in allen Altersgruppen und in den Anhängerschaften aller Parteien annähernd gleich stark.

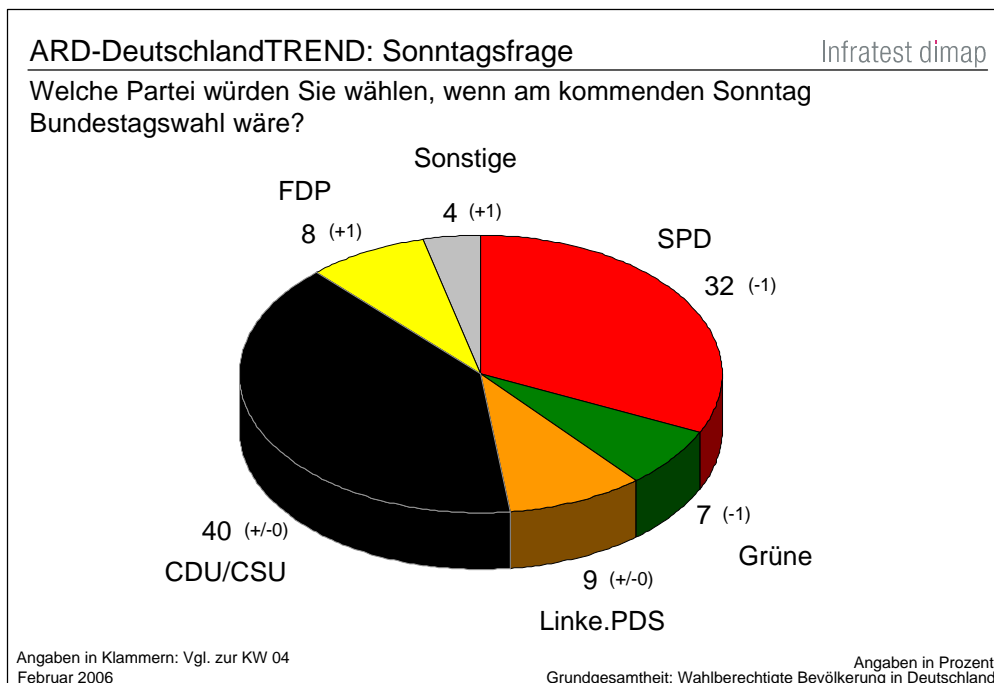


Von den künftigen Rentnergenerationen erklären bislang 44 Prozent, ein verlängertes Berufsleben in Kauf nehmen zu wollen. Bei 52 Prozent aber regt sich Widerstand, erst mit 67 Jahren in Rente gehen zu dürfen. Die Bereitschaft zur längeren Arbeit steigt mit abnehmendem Alter. Am höchsten fällt sie mit 60 Prozent bei den unter 25jährigen und damit bei denjenigen aus, die erst noch am Beginn des Erwerbslebens stehen.

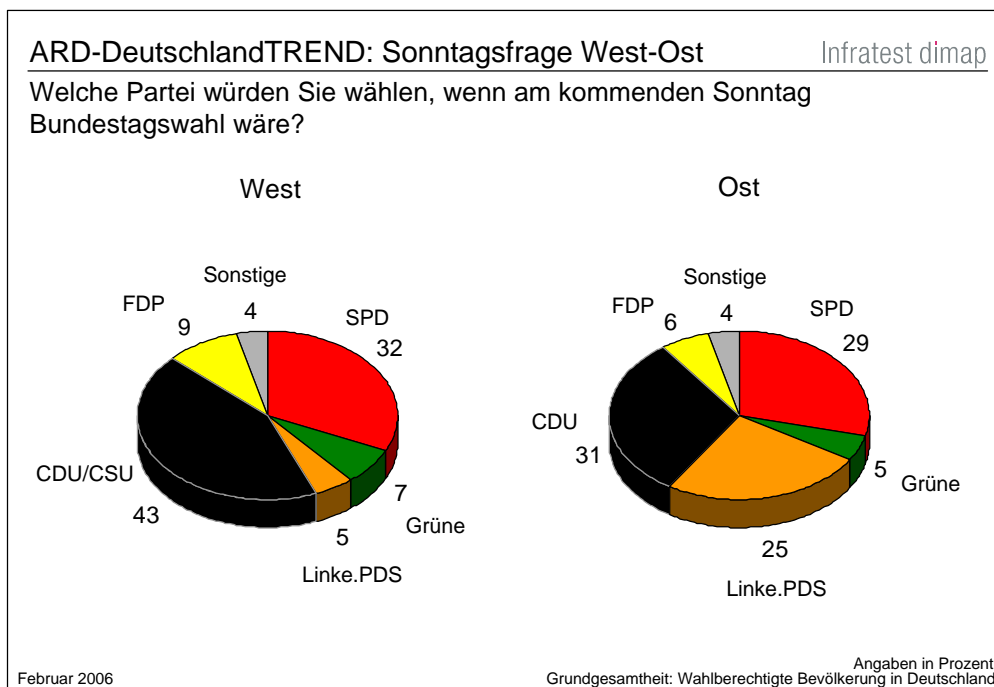


Sonntagsfrage: weitgehend stabiles Stimmungsbild

Anfang Februar ergeben sich nur geringfügige Verschiebungen in der politischen Stimmungslage. Bei einem Urnengang zum jetzigen Zeitpunkt käme die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 40 Prozent, die SPD auf 32 Prozent. Gegenüber der Vorwoche bleibt die Union unverändert, die SPD verliert 1 Punkt. Einbußen im gleichen Umfang müssen auch die Grünen hinnehmen (-1), sie kämen nunmehr auf 7 Prozent. Während die FDP 1 Punkt zulegt und mit 8 Prozent rechnen könnte, bleibt die Linkspartei stabil bei einem Stimmenniveau von 9 Prozent. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 4 Prozent, 1 Punkt mehr als eine Woche zuvor. Auch in dieser Konstellation bliebe es dabei, dass von Drei-Parteien-Konstellationen abgesehen lediglich eine große Koalition über eine Mehrheit verfügen würde.



In den alten Bundesländern bleibt die Union unverändert bei 43, die SPD gibt dagegen 2 Punkte gegenüber der Vorwoche ab und könnte mit 32 Prozent rechnen. Einbußen müssen auch die Grünen hinnehmen, die 1 Punkt verlieren und auf 7 Prozent kämen. Während die Linkspartei wie in der Vorwoche 5 Prozent erzielen würde, legen die Liberalen in den alten Bundesländern 2 Punkte zu, sie lägen dort derzeit bei 9 Prozent. Leichte Zugewinne verzeichnet schließlich auch die Gruppe der sonstigen Parteien, die zusammen auf 4 Prozent kämen.



In den neuen Bundesländern legt die CDU 1 Punkt zu, sie käme dort jetzt auf 31 Prozent. Unverändert blieben dagegen die SPD mit 29 Prozent, die Linkspartei mit 25 Prozent und die Grünen mit 5 Prozent. Die FDP verliert dagegen 1 Punkt und käme im Osten auf 6 Prozent. Die anderen Parteien würden wie in der Vorwoche zusammen 4 Prozent erhalten.

Die vorgestellten Ergebnisse der Sonntagsfrage geben die aktuelle politische Stimmung wieder. Rückschlüsse auf das tatsächliche Wahlverhalten sind nur begrenzt möglich. Immer mehr Wähler entscheiden sich erst kurz vor dem tatsächlichen Urnengang, welcher Partei sie ihre Stimmen geben, wie der hohe Anteil von Kurzsentschlossenen vor der letzten Bundestagswahl eindrücklich zeigte.